

A4 Demokratie unter Feuer: Aktive schützen, Strukturen stärken

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 01.10.2025
Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

Antragstext

1 Unsere Demokratie lebt von Menschen, die sich vor Ort engagieren: als
2 Ortsteilbürgermeisterin, in Bürgerinitiativen, bei Bildungsprojekten oder
3 Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus. Viele der Gruppen und Projekte vor Ort
4 arbeiten ehrenamtlich oder unterfinanziert. Dabei sind die lokal Engagierten so
5 wichtig wie noch nie – denn Demokratie muss in unserem Alltag stattfinden, um
6 erlebbar zu werden, und jeden Tag neu eingeübt und aufrecht erhalten werden.
7 Umso bedenklicher ist es, dass Antifaschist*innen, zivilgesellschaftlich und
8 kommunalpolitisch Engagierte in Thüringen wie bundesweit zunehmend
9 Einschüchterung, Bedrohungen und Übergriffen ausgesetzt sind. Besonders stark
10 sind dabei Menschen betroffen, die sich gegen Rechtsextremismus, für eine
11 vielfältige Gesellschaft oder in der Lokalpolitik engagieren. Diese Angriffe
12 kommen nicht nur, aber überwiegend aus extrem rechten Strukturen und verfolgen
13 insbesondere das Ziel, lokal Engagierte zu verdrängen und damit unsere
14 Demokratie zu schwächen, demokratisches Engagement zu delegitimieren und
15 Engagierte zu verunsichern. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre
16 Mitgliedschaften bei progressiven Parteien geheim halten, ihre ehrenamtliche
17 Arbeit aufgeben oder nicht mehr für kommunale Ämter und Mandate kandidieren.
18 Wenn demokratisch Handelnde sich zurückziehen müssen, schwindet die
19 demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Daher muss es ein übergeordnetes
20 Ziel aller demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft sein,
21 zivilgesellschaftlich und kommunalpolitisch Aktive zu schützen und strukturell
22 abzusichern. Indem wir demokratisch Engagierte schützen und stärken, sichern wir
23 das Fundament unserer Demokratie. Wir leisten Widerstand gegen antidemokratische
24 Strategien, die darauf abzielen, Beteiligung zu verhindern oder zu
25 delegitimieren.

26 Doch es gibt auch immer mehr subtile Versuche, die lokale Arbeit für Demokratie
27 und vielfältige Gesellschaft zu unterminieren – etwa indem Vertreter*innen der
28 extremen Rechte sich in Begleitgremien für die lokalen „Partnerschaften für
29 Demokratie“ wählen lassen. Oder indem sie kleine Anfragen zu konkreten Projekten
30 stellen mit dem Ziel diese zu delegitimieren oder einzuschüchtern. Die CDU zeigt
31 sich hier als willige Erfüllungsgehilfin, indem sie extrem rechte Kandidat*innen
32 mitwählt, in die Verächtlichmachung anderer demokratischer Parteien einstimmt
33 oder selbst die Legitimität von Demokratieprojekten gegen Rechts anzweifelt, wie
34 es jüngst die für diese Förderprogramme zuständige Bundesfamilienministerin der
35 CDU tat. Auch für die Union muss gelten: Gerade in Zeiten erstarkender rechter
36 Strukturen müssen demokratische Kräfte zusammenstehen, sich klar gegen
37 Rechtsextremismus positionieren und an einem Strang ziehen, wenn es um dessen
38 Bekämpfung von geht. Doch klar ist auch, dass es endlich wirksame Maßnahmen
39 braucht, um lokale Aktive für Demokratie und Vielfalt zu schützen. Viele fühlen
40 sich von staatlichen Strukturen allein gelassen, für die sie sich doch
41 eigentlich engagieren. Mit verlässlichen rechtlichen, strukturellen und
42 finanziellen Maßnahmen können wir gewährleisten, dass Menschen, die sich für

43 Demokratie und vielfältige Gesellschaft einbringen, nicht allein gelassen
44 werden, sondern unterstützt und geschützt. Wir fordern daher:

- 45 1. Verbindliche politische Bekenntnisse und Schutzpflichten
46 Auf allen staatlichen Ebenen – Kommune, Land, Bund – muss ein
47 unmissverständliches Bekenntnis zur Unterstützung demokratischen
48 Engagements und des Einsatzes gegen Rechtsextremismus erfolgen. Dieses
49 Bekenntnis soll als Auftrag verstanden werden, nicht als Symbolpolitik.
- 50 2. Planungssicherheit und Entlastung für geförderte Projekte und Arbeit gegen
51 Rechtsextremismus
52 Projektmitarbeiter*innen und Engagierte können besser mit Anfeindungen
53 umgehen, wenn sie in verlässlichen Strukturen sowie gesicherten Finanzen
54 arbeiten und nicht ständig einem Verlust von Fachkräften ausgesetzt sind.
55 Die Antragstellung und Abrechnung von zivilgesellschaftlichen Projekten
56 müssen deutlich vereinfacht werden, damit Initiativen ihre Zeit und
57 Energie in die inhaltliche Arbeit statt in Bürokratie investieren können.
58 Gleichzeitig braucht es eine verlässliche Finanzierung: Förderungen von
59 langfristig angelegten Strukturen dürfen nicht mehr auf wenige Jahre
60 befristet sein, sondern müssen kontinuierlich und stabil ausgestaltet
61 werden. Wichtige Programme wie Elly, ezra und Mobit müssen angesichts der
62 großen Nachfrage ausfinanziert werden. Nur so entstehen Planungssicherheit
63 und Strukturen, die nachhaltige Demokratieförderung ermöglichen.
- 64 3. Ein Demokratiefördergesetz verabschieden
65 Wir fordern die Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes in
66 Thüringen, das Demokratieförderung als dauerhafte staatliche Aufgabe
67 festschreibt. Damit werden Projekte, Beratungsstellen und
68 Bildungsinitiativen verlässlich und langfristig abgesichert, anstatt von
69 kurzfristigen Programmen und wechselnden Haushaltslagen abhängig zu sein.
70 Ein solches Gesetz muss feste Finanzierungsstrukturen schaffen,
71 Transparenz und Qualität sicherstellen und die Mitwirkung von
72 Zivilgesellschaft und Praxisakteur*innen garantieren. So entsteht eine
73 sichere Grundlage für die Weiterentwicklung demokratischer Strukturen im
74 Land.
- 75 4. Zentrale Melde- und Unterstützungsstelle für bedrohte Engagierte
76 Es muss eine unabhängige Meldestelle geschaffen werden, die Menschen, die
77 sich für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft oder in der
78 Kommunalpolitik engagieren, die Opfer von Drohungen, Einschüchterung oder
79 Gewalt sind, direkt berät, begleitet und bei rechtlichen sowie
80 sicherheitstechnischen Maßnahmen unterstützt.
- 81 5. Konsequente Strafverfolgung und Sensibilisierung der Behörden
82 Übergriffe gegen demokratisch Engagierte müssen konsequent aufgeklärt und
83 geahndet, entsprechende Personalkapazitäten bereitgestellt werden. Der
84 staatliche Schutzauftrag muss auf alle Engagierte für Demokratie und
85 offene Gesellschaft ausgeweitet werden. Polizei, Staatsanwaltschaft und
86 Gerichte müssen sensibilisiert und geschult werden, um Bedrohungen als

- 87 Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die
88 vielfältige Gesellschaft zu verstehen und nicht als „Einzelfall“.
- 89 6. Monitoring und statistische Erfassung von Übergriffen
90 Es muss ein Instrument etabliert werden, das systematisch Bedrohungen,
91 Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen Engagierte für Demokratie
92 und vielfältige Gesellschaft erfasst (bundes- und landesweit). Nur durch
93 verlässliche Zahlen lassen sich wirksame Gegenstrategien entwickeln.
- 94 7. Erleichterter Schutz personenbezogener Daten / Auskunftssperren
95 Wir fordern eine deutliche Senkung der Hürden für Auskunftssperren in
96 Melderegistern und öffentlichen Verzeichnissen zum Schutz von Engagierter
97 für Demokratie und vielfältige Gesellschaft. Wo Gefahr besteht, müssen
98 personenbezogene Daten zuverlässig geschützt werden können. Dieser Vorgang
99 muss einfach verständlich, mit möglichst wenig Hürden durchzuführen sein
100 und im Zweifelsfall schnell umgesetzt werden.
- 101 8. Öffentlichkeitskampagnen zur Wertschätzung von Engagement für Demokratie
102 und vielfältige Gesellschaft
103 Wir fordern begleitende Kampagnen, die den Wert und die Bedeutung von
104 Engagement für Demokratie und Vielfalt in Kommunen und Zivilgesellschaft
105 hervorheben. Damit soll das gesellschaftliche Bewusstsein erhöht und neue
106 Menschen zum Engagement für unsere offene und vielfältige Gesellschaft
107 motiviert werden.
- 108 9. Intensivierung von Maßnahmen gegen extrem rechte Strukturen
109 Landes- und Bundesregierung sind aufgerufen, den Kampf gegen
110 Rechtsextremismus als staatliche Aufgabe ernst zu nehmen und die Maßnahmen
111 gegen die extreme Rechte zu intensivieren. Dazu gehört insbesondere die
112 Ausweitung von Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit vor Ort,
113 konsequente Strafverfolgung rechtsextremer Gewalttaten sowie Zerschlagung
114 von Strukturen der extremen Rechten.

Unterstützer*innen

Clara Käßner (KV Gera)